Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode, 1971-75

(19.11.1973) Drucksache 8/666

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8 / 666
19. 11. 73

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP

Energiewirtschaftliches Gesamtkonzept für den Bereich der norddeutschen Küstenländer

Der Senat wird ersucht,

1. sicherzustellen, daß für den Bereich der vier norddeutschen Küstenländer ein einheitliches energiewirtschaftliches Gesamtkonzept erarbeitet wird (soweit erforderlich in Abstimmung mit dem Bund), das auch dazu beiträgt, daß keine energiewirtschaftlichen Entscheidungen ergehen, die einem Lande nützen, dem anderen aber schaden,
2. für alle regionalen Einzelplanungen und -entscheidungen im Bereich der Energieerzeugung ein Verfahren zu entwickeln, durch welches eine ständige gegenseitige Unterrichtung und Abstimmung gewährleistet wird,
3. in alle überregionale und regionale Planungen und Entscheidungen dieser Art die Probleme des Umweltschutzes in der Weise einzubeziehen, daß sie sachgerecht bewertet, d. h. nicht als alleiniges, wohl aber als unverzichtbares Kriterium unter Berücksichtigung der besonderen Situation der Verdichtungsräume über die Ländergrenzen hinweg für die zu treffende Entscheidung behandelt werden,
4. die Öffentlichkeit ebenso wie die beteiligten Parlamente ständig ausreichend und umfassend über alle energiepolitischen Planungen und Entscheidungen zu unterrichten,
5. die Öffentlichkeit durch geeignete Maßnahmen auf die durch Energieverschwendung — im wirtschaftlichen wie im privaten Bereich — drohenden Gefahren eines Energiedefizits aufmerksam zu machen und Vorschläge zu entwickeln, auf welche Weise jegliche Energieverschwendung vermieden werden kann,
6. a) die Frage zu prüfen, ob — ggf. gemeinsam mit den übrigen beteiligten Landesregierungen — eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung für den Bereich der vier Küstenländer geschaffen werden kann, die für die Koordinierung der wissenschaftlichen Erforschung der industriell und zivilisatorisch bedingten Gefährdung der Umwelt zuständig sein soll (Institut für Umweltschutz); ein Schwerpunkt der Aufgaben dieser Einrichtung sollte die wissenschaftliche, industrielle, energiewirtschaftliche oder andere friedliche Nutzung der Kernenergie, die sich daraus möglicherweise ergebenden Gefahren sowie die Koordinierung der Forschung für die Verringerung oder Beseitigung solcher Gefahren sein,

   b) erforderlichenfalls gemeinsam mit den übrigen beteiligten Landesregierungen die Schaffung einer solchen Einrichtung vorzubereiten.

Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) zum frühestmöglichen Zeitpunkt über das zu den Punkten 1. bis 6. Veranlaßte zu berichten.

Dr. Franke und Fraktion der SPD
Neumann und Fraktion der CDU
John und Fraktion der FDP

Carl Schünemann Bremen